

MdB Harald Weinberg zu Gast in Passau

Passau, 14.12.09

Wir tragen den Protest ins Parlament!

Scherbengericht von MdB Harald Weinberg bei Mitgliederversammlung der Passauer Linken

In der letzten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Passau der Partei Die Linke richtete Gastredner Harald Weinberg, MdB und Mitglied im geschäftsführenden bayerischen Landesvorstand, schwere verbale Breitseiten gegen die schwarz-gelbe Koalition in Berlin. Ihr Steuerkonzept bediene allein das FDP-Klientel, der gesamte Koalitionsvertrag zeuge von Staatsverachtung und sei ein Dokument des Marktradikalismus. Weinberg forderte dagegen in der Peschl-Terrasse sozial-ökologische Konjunkturpakete.

Die Tatsache, dass 68 Prozent der Deutschen gegen das militärische Engagement in Afghanistan seien, habe die Regierung mächtig außer Tritt gebracht. Die Vorwürfe der SPD und der Grünen in Zusammenhang mit dem Bombardement von Kundus hätten nur Alibifunktion, denn dieser Teil der Opposition habe dennoch für eine Mandatsverlängerung gestimmt. Allein die Fraktion der Linken habe das geschlossen abgelehnt. „Wir werden weiterhin den Protest ins Parlament tragen“, sagte der Abgeordnete, der auch mit der Bildungspolitik hart ins Gericht ging. Der Staat müsse dafür weitaus mehr Mittel aufwenden. Das praktizierte Arbeitsrecht stellte der Redner als völliges Desaster dar, in dem es für sittenwidrige Löhne und Ausbeutung bereits unzählige Hintertürchen gebe. Die offizielle Politik fördere sogar den Ausbau des Niedriglohnsektors, statt mit einem gerechten Mindestlohn wenigstens eine Grundexistenz für arbeitende Menschen zu schaffen.

Auf dem Gesundheitssektor, so Weinberg, werde die Parität weiter abgebaut in Richtung Kopfpauschale. Das sei sozial ungerecht, denn sie treffe Geringverdiener extrem härter als Großverdiener. Erhebliche Zuzahlungen bei den Kassenbeiträgen seien für die meisten Arbeitnehmer unvermeidlich. Der FDP-Slogan „mehr Netto vom Brutto“ sei eine Veralberung des Wählers, weil die widersinnig versprochenen Steuerentlastungen durch mehr Sonderzahlungen ohnehin aufgeessen würden.

Hart ins Gericht ging Weinberg auch mit jenen Parteien, die mit der Linken im Berliner Reichstag auf den Oppositionsbänken sitzen: Die SPD blinke zwar links, würde dies aber nur unter dem Druck der Linken tun. Die profillos gewordenen Grünen seien mittlerweile die Ökopartei der besser Verdienenden. „Kein Wunder also, dass sie mittlerweile problemlos mit SPD und Union koalieren können.“